

# Indien, Pakistan und der Kashmir-Konflikt im Schatten des 11. September

Analyse von Thomas Bärthlein

**Noch ist der Krieg in Afghanistan nicht wirklich beendet. Es wäre daher voreilig, schon Schlüsse zu ziehen, was sich für Südasiens insgesamt, und insbesondere für den leidigen Konflikt zwischen Indien und Pakistan, verändert hat. Nachdem aber sowieso „nichts“ so sein wird wie vorher, liegt es nahe, gerade in Afghanistans Nachbarschaft eine Verschiebung der Macht-Balance zu vermuten. Wie könnte die aussehen? Welche Szenarien sind denkbar - und könnten diese möglicherweise sogar zu einer Konfliktlösung genutzt werden?**

Interessant wird zunächst einmal sein, inwieweit sich Pakistans Engagement in Kashmir verändert. Es hat bisher deutliche Parallelen zwischen Pakistans Afghanistan- und seiner Kashmir-Politik gegeben.

Im Kampf zwischen militanten, von Pakistan unterstützten Separatisten und den indischen Sicherheitskräften im Kashmir-Tal lassen sich seit Beginn des Aufstands 1989 drei Phasen erkennen: Am Anfang stand ein Aufstand weiter Teile der kashmirischen Bevölkerung. Die wichtigste Separatisten-Gruppe war die *Jammu and Kashmir Liberation Front* (JKLF). In Pakistan wuchsen allerdings bald die Befürchtungen, im Falle der Sezession Kashmirs von Indien werde die JKLF nicht den Anschluß an Pakistan, sondern die Unabhängigkeit anstreben - womöglich noch unter Einschluß der von Pakistan kontrollierten Teile Kashmirs. Daher setzte Islamabad in Kashmir verstärkt auf die *Jamaat-e Islami* (JI), einen Ableger der gleichnamigen fundamentalistischen Partei in Pakistan selbst. Deren militärischer Arm, *Hizb-ul Mujahedin* (HM), bildete Mitte der Neunziger Jahre das Rückgrat der militanten Bewegung im Kashmir-Tal. Die meisten HM-Kämpfer waren nach wie vor Kashmiris, gleichzeitig waren aber auch immer mehr Pakistani an den Kämpfen beteiligt. Der Anschluß an Pakistan wurde zum erklärten Ziel auch der wichtigsten politischen Organisationen der Separatisten. Gleichzeitig erzwang vor allem HM eine Islamisierung des öffentlichen Lebens im Kashmir-Tal: Musik, Tanz und Kinos wurden als „unislamisch“ unterbunden, aus Angst vor den Islamisten verschleierten sich immer mehr Frauen, und

schließlich trauten sich auch viele nicht einmal mehr, im Park spazierenzugehen - denn in „Kriegszeiten“ war auch das verpönt. Statt dessen nahm die stundelange Beschallung von Wohnvierteln aus Moscheen enorm zu. Für viele Kashmiris war dieser Fundamentalismus eine einschneidende Veränderung; bis dahin hatten sie vor allem den mystischen Sufi-Islam praktiziert, wo man eine enge Beziehung zu einem lokalen spirituellen Mentor pflegt, dem so genannten *Pir* - von dem der Gläubige auch in allen Lebenslagen praktische Hilfe erwartet, ganz ähnlich wie von einem Guru im Hinduismus. Als politischer Arm der propakistanischen Milizen etablierte sich der Dachverband *Hurriyat Conference*. Militärisch hat der massive Einsatz der indischen Sicherheitskräfte und die Abspaltung von Renegaten-Gruppen die Rebellen Gruppen mit Basis in Kashmir deutlich schwächen können. Die dritte Phase der *Militancy* dominieren daher in den letzten Jahren Gruppen, die hauptsächlich aus Nicht-Kashmiris bestehen: Pakistani, Afghanen und andere, die ideologische, aber auch organisatorische Verbindungen zu Usama bin Laden und den Taliban pflegten. Dazu gehört etwa *Harkat ul-Mujahedin*, früher bekannt als *Harkat ul-Ansar*. Die militärische Zerschlagung der Taliban bedeutet einen deutlichen Rückschlag für die Infrastruktur dieser Gruppen in Afghanistan, etwa in Form von Trainingscamps.

Wie wird sich Pakistan nun verhalten? Im Prinzip gibt es zwei Optionen:

General Musharraf sieht ein, daß die bisherige Unterstützung radikal-islamistischer Gruppen à la Taliban prinzipiell falsch war. Pakistan hat mit seiner

Taktik, solche Radikalen in der Außenpolitik zu fördern, ein gefährliches Spiel mit dem Feuer betrieben - denn im Inneren will die pakistanische Führung ja kein islamistisches System. Musharraf sah sich zuletzt selber durch die islamistische Unterwanderung von Armee und Geheimdienst gefährdet und hat wenige Wochen nach dem 11. September den Chef des Auslands-Geheimdienstes ISI, Mahmud Ahmed, abberufen - genauso wie eine Reihe von Armeee-Offizieren. Diese Säuberung, auf Kashmir übertragen, würde heißen: keine pakistanische Unterstützung mehr für Terroristengruppen vom Schlage der *Harkat ul-Mujahedin* oder *Jais-e Mohammed*. Das bedeutet, und hier liegt das Dilemma, eine Schwächung der Separatisten.

Es würde daher auch nicht verwundern, sollte Musharraf, auch um seine innenpolitische Position abzusichern, den radikalen Islamisten das „Ventil“ Kashmir weiterhin zugestehen. Pakistanische und sogar afghanische Kämpfer, die aus Afghanistan vertrieben wurden, könnten sich nun erst recht auf den Einsatzort Kashmir verlegen.

Indien wiederum versucht, das ist jetzt schon offensichtlich, aus dem 11. September Kapital zu schlagen. „Wir kämpfen schon lange gegen Terrorismus - in Kashmir“, so der Tenor aus Neu-Delhi. Indien versucht damit, die internationalen Sympathien in diesem Konflikt auf seine Seite zu ziehen. Zum Teil ist das auch eine Reaktion auf Pakistans diplomatische Anstrengungen, als Kompensation für seine Beteiligung am Anti-Terror-Kampf nicht nur Finanzhilfe, sondern auch politische Unterstützung vom Westen zu erhalten.

Umstrittene Territorien und Statusbesonderheiten im westlichen Hochasien



Umstrittene Territorien

- Von Indien beanspruchtes Gebiet
- Von China beanspruchtes Gebiet
- Von Pakistan beanspruchtes Gebiet
- Von tibetanischer Exilregierung beanspruchtes Gebiet

Grenzen

- Internationale Grenze
- Waffenstillstandslinie zwischen Indien und Pakistan
- Grenze umstrittener Territorien
- Grenze der Stammesgebiete
- Provinzgrenze

Verwaltungsgebiete mit unterschiedlichem Rechtsstatus in Pakistan

- FATA (Federally Administered Tribal Areas)
- PATA (Provincially Administered Tribal Areas)
- Northern Areas (Provinzstatus verweigert)
- Azad Kashmir (eigene Verfassung)

Umstrittene Territorien und Statusbesonderheiten im Kashmir-Konflikttraum (entnommen aus H. Kreuzmann: Vom "Great Game" zum "Clash of Civilizations"? Imperialpolitik und Grenzziehungen in Hochasien. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 141 (2) 1997, S. 178)

Und damit erscheint eine dritte Akteurin auf der Bühne, ob sie es will oder nicht: die internationale Gemeinschaft, und zwar insbesondere der Westen, allen voran die USA.

Auch sie hat zwei Optionen: Sie kann Pakistans Argumentation folgen, daß der Kashmir-Konflikt ein gefährlicher Krisenherd ist, der durch internationale Anstrengungen gelöst werden muß, oder auf Indien hören und die Terrorismusbekämpfung unterstützen.

Am klügsten wäre es, beide Ansätze zu verbinden, um in dieser historischen Situation mit einem integrierten Friedenskonzept für die Region aufzuwarten. Bis-

lang gibt es ein solches Konzept im Westen offensichtlich nicht. Die Südasiereisen zahlreicher westlicher Politiker, darunter US-Außenminister Powell und Bundeskanzler Schröder, haben das eindrucksvoll vorgeführt: In Islamabad versprach man Unterstützung bei der Lösung des Kashmir-Problems, in Indien Unterstützung beim „Kampf gegen den Terrorismus“. So lassen sich möglicherweise kurzfristige Anti-Terror-Allianzen notdürftig zusammenhalten, konstruktives diplomatisches Engagement müßte anders aussehen.

Daß Pakistan und Indien auf internationalen Druck reagieren, hat nicht erst

der 11. September gezeigt. Auch die weitgehend nicht-öffentlichen Versuche, beide Länder in ein Atomwaffenkontrollregime einzubinden, haben gezeigt: Wirtschaftlich kann sich vor allem Pakistan diesem Druck nicht entziehen, aber auch Indien hat sich bewegt.

Der Kashmir-Konflikt gehört zu den gefährlichsten Regional-Konflikten der Erde. An der Demarkationslinie wird fast täglich geschossen - und trotz der Gefahr einer nuklearen Eskalation haben sich beide Seiten in der sogenannten „Kargil-Krise“ 1999 auf eine quasi-kriegerische Auseinandersetzung eingelassen.

Die indische Argumentation, daß dieser Konflikt ausschließlich bilateral zwischen den Nachbarländern zu lösen sei, ist vor diesem Hintergrund fragwürdig - insbesondere wenn man bedenkt, daß alle Gespräche zu diesem Thema nur aus einer rituellen Wiederholung altbekannter Positionen bestanden haben. Es hat nie irgendeinen nennenswerten Fortschritt gegeben. Der Preis für den Bilateralismus scheint also darin zu bestehen, den unerfreulichen *Status Quo* bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag festzuschreiben und unkontrollierbare Eskalationen in Kauf zu nehmen. Die einzige Alternative: Internationale Vermittlung.

Die Voraussetzung für einen solchen Prozeß wäre, daß Pakistan Zugeständnisse machen würde: Zumindest ein Signal wäre nötig, daß die Unterstützung radikaler, terroristischer Gruppen nicht weitergeht.

Der Kashmir-Konflikt, das ist lange bekannt, kratzt an den jeweiligen nationalen Empfindsamkeiten wie kein anderer. Das liegt daran, daß Indien einen mehrheitlich muslimischen Bundesstaat braucht, um sich als „säkularen Staat“ zu rechtfertigen; und daß Pakistan ihn genauso braucht, um sich als „den Staat der Muslime Südasiens“ zu behaupten.

Beide Einstellungen sind weltfremd. Spätestens seit der Abspaltung Bangladeshs 1971 kann Pakistan dieses Monopol nicht mehr beanspruchen. Diskutiert man umgekehrt mit Indern über die Kashmir-Frage, kommt man schnell an einen Punkt, wo die Teilung von 1947 grundsätzlich in Frage gestellt wird. Auch das ist absurd, denn Pakistan existiert nun einmal und es gibt keinerlei Anzeichen, daß irgend jemand sich dort nach einem Groß-Indien sehnen würde. Was die Menschen im Kashmir-Tal selbst denken, dafür interessiert sich zumindest die indische Öffentlichkeit schon lange nicht mehr.

Diese „Betriebsblindheit“ beider Seiten aufzubrechen, könnte unter internationaler Vermittlung gelingen. Das wäre auch ein Anstoß dazu, daß sich in den jeweiligen Zivilgesellschaften die Besinnung auf die gemeinsame Tradition und Kultur stärker durchsetzen könnte. Inder und Pakistani kennen das jeweilige Nachbarland kaum. Erst wenn Kontakte auf unterer Ebene wachsen würden, könnten alte Feindbilder fallen.

Und wie müßte eine Konfliktlösung aussehen? Das kann sich erst im Verlauf



Soldatengrab in Nordpakistan nach der „Kargil-Krise“ (Foto: Jürgen Clemens)

der Gespräche zeigen. Es hat in den vergangenen 55 Jahren genügend Vorschläge gegeben. Vielversprechend wäre eine Art „Nordirland-Modell“, das trotz aller Rückschläge gar nicht so schlecht funktioniert. Übrigens wäre auch das ohne das Engagement Bill Clintons wohl kaum zustande gekommen.

Der Autor ist Redakteur der Deutschen Welle in Köln.